



Resolution

Pogrome von morgen verhindern!

In den letzten Monaten hat die Anzahl rassistischer Proteste gegen Asylunterkünfte in Mecklenburg-Vorpommern zugenommen, begleitet von einer wachsenden Gewaltbereitschaft gegenüber Geflüchteten. Es wurden vermehrt Gewalttaten wie das Besprühen von Asylunterkünften mit verfassungsfeindlichen Symbolen, das Anzünden von Unterkünften und Angriffe auf Wohnhäuser, in denen Geflüchtete leben, verzeichnet. Etwa jede fünfte Person befürwortet sogar Gewalt gegenüber Geflüchteten.

Ein besorgniserregender Vorfall ereignete sich in Grevesmühlen, wo etwa 700 Personen versuchten, das Kreistagsgebäude zu stürmen, nachdem der Kreistag knapp für den Bau einer neuen Asylunterkunft in der nahegelegenen Stadt Upahl gestimmt hatte. An den „Protestkundgebungen“ gegen die Aufnahme von Geflüchteten beteiligten sich an vielen Orten Hunderte von Menschen, darunter auch offen rechtsextreme Gruppen, die aktiv über verschiedene Kanäle mobilisieren. Der versuchte „Sturm auf den Kreistag“ ist lediglich ein Beispiel für die zahlreichen Versuche, die Aufnahme von Geflüchtete in Mecklenburg-Vorpommern zu verhindern. In Loitz haben über 400 Bürger*innen einen offenen Brief unterzeichnet, in dem sie die Schließung der Stadtmauer fordern, um zu verhindern, dass Geflüchtete die Innenstadt betreten.

Die Unterbringung schutzsuchender Menschen stellt zweifellos eine Herausforderung für kleine Gemeinden dar. Es ist jedoch von größter Bedeutung, dass diese Besorgnis niemals in Gewalt und Menschenfeindlichkeit umschlägt. Auf allen politischen und zivilgesellschaftlichen Ebenen sollte klar Stellung gegen rassistische Hetze bezogen werden, anstatt rechtsextreme Proteste als „berechtigte Sorgen und Ängste“ herunterzuspielen.

MIGRANET-MV fordert daher eine deutliche Verurteilung der Ausschreitungen in Mecklenburg-Vorpommern und bekräftigt das Recht auf Asyl sowie die gesellschaftliche Verpflichtung zur Unterbringung und zum Schutz von Geflüchteten. Es ist dringend erforderlich, ein starkes Zeichen der Solidarität zu setzen und den konsequenten Schutz von Geflüchteten zu gewährleisten. Die demokratische Gesellschaft darf niemals von der Überzeugung abweichen, dass Menschen Schutz verdienen und erhalten sollten, wenn sie vor Gefahren fliehen – ohne Ausnahme. Nur so kann verhindert werden, dass Schutzsuchende erneut Schutzlosigkeit erfahren.

Einstimmig angenommen bei der Konferenz der MSO am 10. Juni 2023 in Greifswald.